

Forschungsvorhaben

Stellplatzsatzungen

Nach einer längeren Periode mit moderater Entwicklung der Immobilienpreise und Mieten ziehen die Wohnkosten seit 2009 zum Teil deutlich an. Mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen will die Bundesregierung vor allem in Ballungsräumen den Mietpreisanstieg begrenzen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Richtwertangaben für Wohnbauvorhaben und der daraus abgeleitete Nachweis von Stellplätzen noch zeitgemäß sind und unter welchen Voraussetzungen davon abgewichen bzw. die Zahl der nachzuweisenden Stellplätze verringert werden kann.



Ausgewählte Kommunen für Telefoninterviews

Untersuchung von Stellplatzsatzungen und Empfehlungen für Kostensenkungen unter Beachtung moderner Mobilitätskonzepte

Auftraggeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Bearbeiter

LK Argus GmbH

Bearbeitungszeitraum

2015

Inhalt

Im Forschungsvorhaben wurden Potenziale untersucht, die geänderte Stellplatzvorschriften für eine Baukostensenkung im Wohnungsbau bieten. Dabei wurden auch innovative Mobilitätskonzepte und ihre Auswirkungen auf den Stellplatzbedarf berücksichtigt.

Leistungsübersicht

- Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Länderebene.
- Untersuchung der Stellplatzvorschriften auf kommunaler Ebene anhand von Fallbeispielen.
- Durchführung von Telefoninterviews mit Kommunen zum konkreten Umgang und zu Erfahrungen mit diesen Regelungen.
- Darstellung der Kosten für die Errichtung von Stellplätzen, differenziert nach Bauart.
- Auswertung aktueller Mobilitätsstudien.
- Erläuterung innovativer Ansätze des Stellplatznachweises.
- Empfehlungen für die Ausgestaltung von Stellplatzsatzungen als sinnvoller Beitrag zur Senkung von Baukosten im Wohnungsbau.